



Protokoll der 43. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Juni 2024, 16.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Albert Berisha (SP), Lukas Flüeler (GL), Alexandra Muheim (SP), Séverine Salathe (SP)

Abwesend: Schäfli Patrick (SVP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.05.2024 <i>://: Einstimmig wird das Protokoll mit der beantragten Änderung des Votums von Natalie Oberholzer (GL) auf Seite 1070 (Postulat «Velo-pumpstationen», Nr. 2023-208) der letzten Sitzung vom 29.05.2024 genehmigt.</i>	-
2. Rechnung 2023 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) <i>://: Die Rechnung 2023, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz wird einstimmig genehmigt.</i>	2024-214 2024-214a
3. Amtsbericht 2023 – Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Der Amtsbericht 2023 wird einstimmig genehmigt.</i>	2024-219 2024-219a
4. Mietzinsbeiträgereglement – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zum Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen <i>://: Einstimmig genehmigt der Rat die Totalrevision des Mietzinsbeitragsreglements gemäss stadträtlicher Vorlage mit den zuvor beschlossenen Änderungen.</i>	2024-220 2024-220a
5. Geschäftsreglement für den Einwohnerrat, Teilrevision 2024 <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2024-215 2024-215a
6. Gefahrenbeseitigung Bahnunterführung – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Gefahrenbeseitigung in der Bahnunterführung von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2024-216 2024-216a
7. Fahrbahnverengungen Sichtenstrasse – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Fahrbahnverengungen auf der Sichtenstrasse von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>	2024-217 2024-217a

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 8. | Sicherheit Schulkinder auf Sichertnerstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mehr Sicherheit auf Sichertnerstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-195
2023-195a |
| 9. | Asylunterkunft – Interpellation «Asylunterkunft Liestal und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-221 |
| 10. | Spielplatz-Gestaltung Rotacker – Interpellation «Naturnahe Gestaltung und Entsiegelung des Spielplatzes auf dem Schulareal Rotacker» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Jacques Heller der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-222 |
| 11. | Salzgewinnung Röserental – Interpellation «Salzgewinnung aus dem Röserental – geplante Sondierbohrung 2024 und weiteres Vorgehen» von Lukas Flüeler und Simone Burkhardt der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-223 |
| 12. | Sexualaufklärung – Interpellation «Sexualaufklärung und Schutz vor Diskriminierung» von Séverine Salathe der SP-Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Eva Eugster der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-224 |
| 13. | Bestattungs- und Friedhofreglement – Motion «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes» vom 01. August 2003» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-225 |
| 14. | Videoüberwachung Abfallstellen – Motion «Gesetzliche Grundlage betreffend Video-Überwachung von Abfallstellen» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-226 |

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Einwohnerratssitzung der Legislaturperiode 2020-2024 willkommen.

Speziell begrüsst sie Fritz Epple auf der Gästetribüne, welcher der 2. Einwohnerratspräsident von Liestal war und mit 99 Jahren immer noch am politischen Geschehen interessiert ist.

Letztmals im Rat sind die Ratsmitglieder Albert Berisha (SP), Simone Burkhardt (GL), Matthias Holinger (GL), Ives Jenni (GLP) und Daniel Schwörer (FDP) an der letzten Sitzung der laufenden Legislatur dabei.

Auch möchte sie Stadtrat Daniel Muri für die geschenkten Velopumpen danken, welche alle Ratsmitglieder auf ihrem Platz vorgefunden haben.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert über folgende Punkte:

- Landratssaal / Abstimmungsanlage: Letztmals hatte der Einwohnerrat am 29. März 2023 im alten Landratssaal getagt und nach mehr als einem Jahr im Provisorium an der «Kaserenstrasse 31» freut sie sich, alle Anwesenden zur letzten Ratssitzung der Amtsperiode 2020-2024 im aufgefrischten Regierungsratsgebäude und im sanierten und topmodernen Landratssaal begrüssen zu dürfen. Namens des Einwohnerrates von Liestal möchte auch sie allen Beteiligten für die gut gelungenen Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten danken, obwohl diese zum Teil noch nicht ganz fertig sind.

Funktional sollte alles fertig sein und auch die technischen neuen Einrichtungen haben an der Landratssitzung vom 13. Juni 2024 den Härtestest, abgesehen von einigen kleineren Problemen, bestanden. Im Falle von allfälligen Unsicherheiten oder Pannen an der heutigen Sitzung möchte sie gleich im Voraus für das Verständnis und die Geduld bestens danken. Vorsorglich sind die bisherigen rosaroten Stimmkarten für alle Fälle bereitzuhalten. Im Zusammenhang mit der neuen Saal-Technik sowie Abstimmungsanlage wird sie anschliessend noch vorgängig der Bereinigung der Traktandenliste informieren.

Wie vom Ratsschreiber bereits in seiner E-Mail vom 22. Juni 2024 festgehalten wurde, gilt weiterhin, dass das Essen im Saal sowie der Konsum von Süssgetränken oder Kaffee im Landratssaal nicht erlaubt sind. Es dürfen jedoch Wasser-Flaschen mit in den Landratssaal genommen und gebraucht werden, welche auch bei den Wasserspendern im Foyer aufgefüllt werden können.

- Leider haben wir von der Landeskanzlei die bestellten Badges noch nicht bekommen, sondern nur einen Leihschlüssel erhalten, welcher unten beim Haupteingang benötigt wird. Notfalls müssen sich die Ratsmitglieder halt mit den Badges unserer Einwohnerrats- bzw. Landratsmitglieder Thomas Eugster und Pascale Meschberger aushelfen.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die Sitzung dauert bis ca. 18.30 Uhr und wird von keiner Pause unterbrochen.
- Im Anschluss an die Ratssitzung findet das Amtsjahrschlusessen im Restaurant Mooi statt.

Neue persönliche Vorstösse

- Naturpark – Postulat «Beteiligung Liestals am Naturpark Baselbiet» von Anita Baumgartner und Lukas Flüeler der Grünen Fraktion, Domenic Schneider und Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion sowie Jacques Heller der SP-Fraktion (Nr. 2024-228)

Stimmzähler*innen

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass die Stimmzähler des Ratsbüros notfalls nur dann zum Einsatz kommen würden, falls die Abstimmungsanlage nicht funktionieren sollte. In einem solchen Fall müsste auch die bisher verwendete rosarote Stimmkarte benützt werden.

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler*innen bestimmt:

- | | |
|---|---------------------------------|
| - Schneider Domenic (GLP/EVP/Die Mitte) | Seite A (SP/GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (Mitte, SVP, Präsidium) |
| - Philipp Franke (GL) | Seite C (FDP) |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert, dass im Budget 2024 ja auch Mietkosten für externe Räumlichkeiten eingestellt sind. Wegen fehlenden Räumlichkeiten wird das Team KES des Bereichs Sicherheit/Soziales am 1. Juli 2024 die Büros im «Tenum» beziehen. Der ganze Bereich Bildung/Sport inklusive Schulleitungen wird nach den Schulsommerferien in den Pavillon Rosen zügeln.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält fest, dass den Ratsmitgliedern am heutigen Morgen die Einladung zur Info-Veranstaltung «Rheinstrasse» vom 20. August 2024 mit E-Mail zugestellt wurde. Seit Eröffnung der A22 braucht es die Rheinstrasse nicht mehr dreispurig und am 20. August 2024 wird auch der Einwohnerrat Liestal über das Projekt informiert.

Mittels Powerpoint-Präsentation informiert sie zudem über die SBB-Baustellen: Während den Sommerferien werden verschiedene Deckbelagseinbauten vorgenommen, hierfür muss die Oristalunterführung während zwei Nächten vom 12. – 15. Juli 2024 sowie am Wochenende vom 19. – 22. Juli 2024 gesperrt werden. Die Strassenverkehrsbenützer werden frühzeitig über die Umleitungen informiert, der Fussgängerverkehr erfährt keine grösseren Beeinträchtigungen. Über die Strassenbauarbeiten und die verkehrspolizeilichen Massnahmen wird noch detailliert informiert.

Stadträtin Pascale Meschberger informiert aus aktuellem Anlass über das gestrige Unwetter und die bereits bekannten Folgen sowie Erkenntnisse: Die starken Regenfälle dauerten nur gerade etwa eine Stunde, hatten aber zum Teil verheerende Folgen. In Liestal waren das Sichertern-Quartier, die Heizzentrale der EBL im Schildareal, das Kantonsspital sowie das Goldbrunnen-Quartier besonders stark betroffen. Der obere Teil der Sicherternstrasse ist stark beschädigt und musste gesperrt werden. Die Umleitung über die Tiergartenstrasse ist signalisiert. Die EBL-Heizzentrale kann aktuell keine Wärme liefern. Zur Ereignisbewältigung sind rund 200 Personen und nebst der eigenen Regionalstützpunktfeuerwehr noch weitere 5 Feuerwehren von Basel bis nach Sissach zur Hilfe gekommen. Auch die Zivilschutzorganisation sowie das RFS waren im Einsatz. Am gestrigen Abend wurden rund 150 Schadenplätze, wovon etwa 85 in Liestal, registriert, welche zu bewältigen waren. Am heutigen Morgen dürften noch einige Schadenplätze dazugekommen sein. An dieser Stelle möchte sie allen professionellen und auch privaten Helferinnen und Helfern den besten Dank für ihre Einsätze aussprechen, denn die Zusammenarbeit und Nachbarschaftshilfe bei diesem Grossereignis war doch sehr beeindruckend.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Abstimmungsanlage / Stimmkarten / Protokoll-Software «recapp»

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) nimmt Bezug auf die E-Mail des Ratsschreibers vom 20. Juni 2024 und informiert hinsichtlich der technischen Belange im neuen Landratssaal, dem Gebrauch der Abstimmungsanlage bzw. der Stimmkarten sowie den Einsatz der neuen Software für die Spracherkennungs-Protokollführung «recapp»:

- Im Vergleich zu den Landratssitzungen werden die ER-Sitzungen ohne Videostream abgehalten werden.
- Die Ratsmitglieder benötigen auch keinen Badge, sollten aber an dem für sie bestimmten Sitzplatz gemäss Sitzordnung vom 20.06.2024 ihre Voten abgeben, damit diese vom Spracherkennungs-Protokoll der neuen Software erkannt und namentlich zugeordnet werden können.
- Bei Wortmeldungen möchte man sich mit Knopfdruck anmelden.
- Bei den Abstimmungen ist der jeweilige Knopf innert 15 Sekunden zu drücken. Das Abstimmungsergebnis ist auf dem Screen am Arbeitsplatz ersichtlich. Es gibt keinen Visualizer bzw. «Würfel» mehr an der Saaldecke, denn auch die Projektionen sind auf dem Screen am Arbeitsplatz ersichtlich.
- An der heutigen Einwohnerratssitzung wird ebenfalls die «recapp-Software» für die Protokollverwaltung getestet, bevor diese mit Beginn der Amtsperiode 2024-2028 bzw. der konstituierenden Wahlsitzung vom kommenden Montag, 1. Juli 2024, angewendet wird.

Der heutige Gebrauch der Abstimmungsanlage ist noch zu beschliessen, da der Rat bis zum Inkrafttreten des neuen ER-Geschäftsreglements vom 1. Juli 2024 gemäss § 82 Abs. 1 nur mit der Stimmkarte abstimmen kann.

Gestützt auf § 93 Abs. 2 ER-Geschäftsreglement («Der Rat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder ausserordentliche, im Geschäftsreglement nicht vorgesehene Verfahren beschliessen.») stellt das Büro den Antrag, dass an der heutigen Ratssitzung die Stimmen elektronisch mittels Abstimmungsanlage gezählt werden dürfen.

Die Abstimmung über den Antrag des Büros wird mit den rosaroten Stimmkarten ausgezählt und diese gegebenenfalls anschliessend nur noch in Notfällen bzw. bei technischen Problemen gebraucht.

Anschliessend wird dann mittels der Abstimmungsanlage über eine fiktive «Probe-Abstimmung» abgestimmt.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zum Antrag des Ratsbüros sowie ihren vorgängigen Ausführungen gestellt werden.

Sie lässt nun deshalb über den Antrag des Büros abstimmen, ob sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Auszählungen an der heutigen Ratssitzung mittels Abstimmungsanlage vorgenommen werden dürfen?

Über die Frage bzw. der Antrag des Ratsbüros ist mit dem Erheben der Stimmkarte abzustimmen und für die Auszählung zeichnen die Stimmenzähler verantwortlich.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Ratsbüros zu, dass an der heutigen Ratssitzung die Auszählung mittels Abstimmungsanlage vorgenommen werden kann.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass nun mit einer «Probeabstimmung» und dem Gebrauch der Abstimmungsanlage über folgende Frage abgestimmt wird:
«*Gewinnt die Schweiz das nächste Europameisterschafts-Spiel im Achtelfinal?*»

Sie gibt das Abstimmungsergebnis bekannt und kann feststellen, dass die Probeabstimmung bzw. der Testlauf erfolgreich verlaufen ist und somit ab sofort nur noch mittels der neuen Anlage abgestimmt wird.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 12. Juni 2024 einstimmig beschlossen.

353 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.05.2024

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass beim Büro folgender Änderungsantrag von Natalie Oberholzer (GL) eingegangen ist und das Votum der Antragstellerin beim Trakt. 10 «Velopumpstationen» (Nr. 2023-208) auf Seite 1070 wie folgt korrigiert werden soll:
... Im stadträtlichen Zwischenbericht zu den verschiedenen Klima-Vorstössen konnte man beispielsweise lesen, dass die Pendelfahrten der Stadt-Angestellten ein wesentlicher Punkt bzw. einer der grösseren Anteile bei den stadinternen CO2-Emissionen sind. ...

Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29.05.2024 wird mit der beantragten Änderung des Votums von Natalie Oberholzer (GL) auf Seite 1070 («Velopumpstationen, Nr. 2023-208) einstimmig genehmigt.

354 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Rechnung 2023 – Berichte Stadtrat und Finanzkommission (Nr. 2024-214)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) orientiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt wird:

- a) Eintreten
- b) FIKO-Bericht
- c) Fraktionssprecher
- d) Einzelsprecher
- e) Stadtrat
- f) Abstimmung

* * * * *

a) Eintreten

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

b) FIKO-Bericht

Anita Baumgartner (GL) stellt als FIKO-Präsidentin den Kommissionsbericht der Finanzkommission gemäss Vorlage Nr. 2023-214 vor: Die Stadt Liestal hat das vergangene Jahr mit einer schwarzen Null abgeschlossen. Im Budget 2023 sind wir noch von einem Defizit von CHF 50'000 und einer roten Null ausgegangen. Dank höheren Steuereinnahmen aus Vorjahren, der Zuweisung aus dem Finanzausgleich und trotz den ausbleibenden Einnahmen aus Infrastrukturabgaben hat die Rechnung 2023 mit einem Ertragsüberschuss von knapp 2,6 Millionen Franken abgeschlossen. Dieses Resultat ergibt sich, nachdem der erwirtschaftete Ertragsüberschuss in die finanzpolitischen Reserven verbucht worden ist. Wegen den hohen Investitionen und der weiterhin unbefriedigenden Selbstfinanzierung ist das verzinsliche Fremdkapital aber auch im 2023 weiter angestiegen. Die FIKO ist sich darum einig, dass der Trend in den Stadtfinanzen zwar stimmt, die Stadt finanziell aber noch nicht über dem Berg ist. Die Aufgabenüberprüfung soll weiter als wichtiges Instrument vorgesetzt werden und die Stadtfinanzen auf Nachhaltigkeit ausrichten. Zu diskutieren hat dann vor allem die Art und Weise der Kommunikation des Rechnungsergebnisses gegeben. Und ob es richtig ist, dass eine Einlage in die finanzpolitischen Reserven gemacht wird oder nicht. Eine knappe Kommissionsmehrheit hat sich dafür ausgesprochen, der Variante vom Stadtrat zu folgen. Die Kommissionsminderheit ist der Meinung gewesen, dass die Einlage in die finanzpolitische Reserve und die Kommunikation einer schwarzen Null anstatt einem Überschuss die Beurteilung der effektiven Finanzlage schwieriger macht. Der Antrag für einen Verzicht der Einlage in die Reserve ist dann aber in der FIKO knapp abgelehnt worden. Die Art der Kommunikation und sowie die Einlage in die finanzpolitische Reserve und künftige Handhabung wird von der FIKO in der neuen Legislatur nochmals thematisiert. In der Schlussabstimmung hat sich die FIKO jedoch einstimmig dafür ausgesprochen, den Anträgen vom Stadtrat zuzustimmen und die Rechnung so zu genehmigen. Namens der FIKO möchte sie dem Stadtrat und allen involvierten Personen herzlich für das erfreuliche Rechnungsergebnis und auch die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Amtsjahr danken. Ein persönlicher Dank geht an alle FIKO-Mitglieder sowie das Kommissionssekretariat. Als FIKO-Präsidentin hat sie zwei lehrreiche und sehr intensive Jahre hinter sich und sie freut sich, in der neuen Legislatur als ordentliches FIKO-Mitglied weiterhin dazu beitragen zu dürfen, dass die Stadtfinanzen ins Lot kommen.

c) Fraktionssprecher

Roger Ballmer (FDP) erklärt, seine Fraktion habe die Rechnung 2023 zur Kenntnis genommen, welche anstelle der budgetierten roten Null schlussendlich eine schwarze Null ausweist. Wenn wir etwas genauer hinschauen, müssen wir uns doch um den einen oder anderen Punkt sorgen. Der Umstand, dass Liestal im Vergleich zu anderen Gemeinden an Steuerkraft verloren hat und darum im kantonalen Ressourcenausgleich jetzt wieder von einer Geber- zu einer Nehmergemeinde geworden ist, verbessert zwar die aktuelle Rechnung um CHF 2,8 Millionen. Aber die Geldflüsse aus dem Finanzausgleich sind alles andere als nachhaltig und werden zurzeit auch auf kantonaler Ebene heftig diskutiert. Es stellt sich deshalb die Frage, warum wir im Gemeinderanking so zurückgefallen sind? Ebenso sollte uns zu denken geben, dass wir bei der wichtigsten Ertragsposition, den Steuererträgen von den natürlichen Personen, trotz dem Wachstum, die Ertragserwartung 2023 um satte CHF 2,5 Millionen nicht erreicht haben. Zum Glück konnten wir von nicht budgetierten Steuereinnahmen der Vorjahre, insbesondere bei den juristischen Personen, den Ertragsausfall mehr als kompensieren. Inwieweit wir aber künftig auf solche ausserordentlichen Steuererträge zählen können, ist doch recht ungewiss, handelt es doch dieses Mal wohl auch noch um Aufholeffekte aus den Corona-Jahren. Und trotz all diesen Mehrerträgen muss weiterhin eine ungenügende Selbstfinanzierung ausgewiesen werden. Das heisst, dass wir uns für die im 2023 getätigten Investitionen weiter verschulden mussten. Und mit Blick auf die anstehenden Investitionsvorhaben müsste man alles daran setzen, die Steuerkraft von Liestal weiter zu erhöhen, indem man dank geschicktem Zusammenspiel der verschiedenen Standard-Faktoren auch die Attraktivität insbesondere für die guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler steigert. Die Rechnung 2023 weist die eine oder andere positive oder auch negative Abweichung gegenüber dem Budget aus. So decken zum Beispiel die erzielten Einsparungen in der Sozialhilfe von CHF 1,5 Millionen gerade einmal die höheren Ausgaben im Bereich Bildung. Ein klarer Trend, wohin die Reise wirklich gehen wird, ist nicht erkennbar und so unterstützt die FDP-Fraktion auch die Einlage in die finanzpolitische Reserve, um allfällige negative Überraschungen in der Zukunft abfedern zu können. In diesem Sinne steht die FDP-Fraktion einstimmig hinter den stadträtlichen Anträgen und wird die Rechnung 2023 genehmigen.

Markus Rudin (SVP) erklärt, dass die Rechnung 2023 von der FIKO in zwei Sitzungen beraten wurde, bei welchen auch Stadtpräsident Daniel Spinnler und Bereichsleiter Tobias Wagner präsent waren. An der ersten Sitzung hatte Herr Hammel der BDO AG über die Revision der Rechnung 2023 informiert. Die Revision ist zum Schluss gekommen, dass die rechtlichen Vorgaben des Gemeindegesetzes sowie der Rechnungsverordnung eingehalten worden sind. Ebenso wurden von der Revisionsstelle fünf Empfehlungen abgegeben, welche auf Seite 2 des FIKO-Berichtes nachgelesen werden können. Der SVP-Fraktion ist besonders die Empfehlung bezüglich des Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben wichtig. Die Rechnung 2023 schliesst anstatt mit einem budgetierten Mehraufwand von TCHF 51 mit einem Überschuss von CHF 2,55 Millionen ab, was wie im Vorjahr wiederum in die finanzpolitische Reserve eingelegt wird. Das erfreuliche Rechnungsergebnis ist insbesondere auf die höheren Steuereinnahmen und Steuerguthaben der Vorjahre sowie die Einnahmen aus dem Finanzausgleich zurückzuführen. Die Steuerkraft von Liestal ist 2022 unter dem kantonalen Ausgleichsniveau gewesen, weshalb der Stadt rund CHF 1,9 Millionen aus dem Finanzausgleich zugeflossen sind. Letztes Jahr ist der Aufwand in der Sozialhilfe um rund CHF 1,5 Millionen tiefer ausgefallen als budgetiert. Die Erträge bei den Infrastrukturbeiträgen von rund CHF 2,3 Millionen sind ausgeblieben und der Personalaufwand ist dafür um CHF 1,5 Millionen höher ausgefallen. Der Stadtrat hatte die FIKO über den Stand der Umsetzung Aufgabenüberprüfung informiert. Von den ursprünglichen 38 Massnahmen konnten 14 erfolgreich umgesetzt werden. Der Stadtrat schätzt, dass mit den umgesetzten Massnahmen jährlich etwa Einsparungen von etwa CHF 0,8 – 1,0 Millionen möglich sind. Die Aufgabenüberprüfung läuft etwas langsamer als ursprünglich geplant, doch ist man auf dem richtigen Kurs und diese muss weiter intensiviert werden. Mit dem kürzlich gefällten Ratsentscheid im Zusammenhang mit der Feuerpflichtersatzabgabe rückwirkend auf den 1. Januar 2024, sollten noch Mehrerträge von rund TCHF

116 möglich sein. Je ein FIKO-Mitglied war ebenfalls bei der Rechnungsprüfung der KESB sowie der SRFWL vertreten. Die SRFWL-Rechnung 2023 schliesst mit einem Überschuss von TCHF 83 ab. Seine Fraktion dankt dem Stadtrat sowie allen involvierten Personen und ganz speziell auch FIKO-Präsidentin Anita Baumgartner, welche die Sitzungen speditiv geleitet und auch die Kommissionsberichte zeitnah und professionell verfasst hatte.

Peter Küng (SP) führt aus, seine Fraktion unterstütze die gute Rechnung 2023 und wird den Genehmigungsanträgen zustimmen. Seiner Fraktion liegen die Sozialhilfekosten sehr am Herzen und diese lagen in der Rechnung 2023 rund CHF 1,5 Mio. tiefer als das Budget. Es lohnt sich wohl doch, dass genügend Geld in die personellen Ressourcen investiert wird, denn eine bessere Betreuung führt zu tieferen Ausgaben. Auch unterstützt es seine Fraktion, dass auf die Einlage finanzpolitischer Reserven verzichtet wird, denn dieses widerspricht dem „true and fair view“-Gebot und es bräuchte auch mehrere Defizite, um diese Reserven auflösen zu können. Auch er möchte sich den Dankesworten an die FIKO-Präsidentin Anita Baumgartner anschliessen, ist sie doch etwas ins kalte Wasser gestossen worden, wobei sie ihre Aufgabe wirklich toll gemacht hatte. Auch dem Stadtrat und der Verwaltung möchte er den besten Dank aussprechen und abschliessend festhalten, dass man die Rechnung 2023 ebenfalls genehmigen wird.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Mitte) pflichtet den Vorrednern bei und spricht der FIKO-Präsidentin Anita Baumgartner ebenfalls den besten Dank für das von ihr Geleistete während den letzten Jahren aus. Auch dem Stadtrat und der Verwaltung möchte sie für den sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln sowie die die nachvollziehbare und transparente Rechnung 2023 danken. Dank positiven Sondereffekten konnten finanzpolitische Reserven geschaffen werden. Viele Ausgaben sind gebunden und bei verschiedenen grösseren Posten wie beispielsweise bei der Sozialhilfe, können wir nichts oder nur sehr wenig zum Ergebnis beitragen. Ihre Fraktion unterstützt es, dass bei positiven Sondereffekten und Überschüssen finanzpolitische Reserven geschaffen werden, damit diese dann bei negativen Effekten, welche uns ins Minus treiben, beansprucht werden können. Das gute Rechnungsergebnis ist insbesondere auf Sondereffekte zurückzuführen und so ist ihre Fraktion der Meinung, dass finanzpolitische Reserven geschaffen werden. Auch die ersten Erfolge der Aufgabenüberprüfung stellen sich ein. Die Schwankungen bei verschiedenen Posten sind gross und so machen auch kleine positive Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung durchaus Sinn, denn schliesslich macht auch Kleinvieh Mist. Und so hoffen wir doch, dass wir in Liestal noch viel Kleinvieh finden werden.

Michael Durrer (GL) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleisteten Arbeiten durch das Jahr hindurch sowie die Unterstützung und kompetenten Auskunftserteilungen im Zusammenhang mit der Rechnung 2023. Auch die Zusammenarbeit in der FIKO war sehr gut und die vergangenen Diskussionen im Zusammenhang mit den finanzpolitischen Reserven bei der Rechnung 2023 waren schon fast etwas ungewohnt unharmonisch. Auch er möchte die lobenden Worte der Vorredner unterstützen und FIKO-Präsidentin Anita Baumgartner für die immer gut vorbereiteten und geleiteten Sitzungen danken. Er war schon in diversen Kommissionen tätig, doch ihre Leistung als FIKO-Präsidentin war wirklich top. Das unerwartet gute Ergebnis der Rechnung 2023 ist leider noch kein Grund, euphorisch zu werden, denn die finanzielle Situation bleibt weiterhin angespannt. Auch wenn sich nun der Selbstfinanzierungsgrad bei 72 Prozent bewegt, ist es halt immer noch so, dass wir die künftigen Investitionen nicht selber stemmen können. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass wir den eingeschlagenen Weg mit der Aufgabenüberprüfung usw. weitergehen müssen. Die Grüne Fraktion ist bezüglich der finanzpolitischen Reserven ebenfalls der Meinung, dass eine solche die Transparenz reduziert, diese die Lesbarkeit der Rechnung für die Bevölkerung nicht vereinfacht und auch ein Vergleich mit anderen Gemeinden wird immer schwieriger. Aus seiner Sicht sollte eine Rechnung so einfach wie möglich und auch transparent sein. Sicher soll diese nicht ein Instrument sein, mit welchem man politisch taktieren oder sogar politische Statements abgeben kann, denn Aussagen über rote und schwarze Nullen tragen nicht unbedingt zum besseren Verständnis oder Klarheit bei der Bevölkerung bei. Und wenn wir ein positives Resultat haben wie

beim Rechnungsabschluss 2023, dann ist es eben unsere Aufgabe, der Bevölkerung zu erklären, wie dieses zustande gekommen ist. Ansonsten könnte man in Euphorie verfallen und plötzlich das Gefühl haben, dass sich nun auch Liestal alles leisten kann. Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO wird man zustimmen.

d) Einzel sprecher

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt per Umfrage fest, dass sich keine Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher zu Wort melden.

e) Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten im Zusammenhang mit den finanzpolitischen Reserven und hält fest, dass man auch in der FIKO betont habe, dass dieser stadträtliche Entscheid in der Rechnung klar ausgewiesen und im Bericht auch klar begründet wurde. Nach wie vor beschäftigt uns auch in der Zukunft die Ressourcen- und Steuermittelverwendung im Zusammenhang mit der Budget- und Investitionsplanung enorm. Auch muss der Bevölkerung aufgezeigt werden, wo wir stehen und dass wir bei einem positiven Rechnungsabschluss nicht gleich grosse Euphoriesprünge machen sollten. Es freut ihn, dass die FIKO und die meisten Fraktionen dieselbe Ansicht wie der Stadtrat vertreten. Das gute Ergebnis ist nicht nur auf eine Aufwand-Minimierung, sondern auch auf höhere Erträge zurückzuführen. Vom Stadtrat werden noch weitere Massnahmen vorgeschlagen, bei denen der Einwohnerrat das letzte Wort hat. Sorge machen ihm schon auch die gebundenen Ausgaben, bei welchen man viel machen kann. Gewisse Ausgaben können durch die Exekutive und die Verwaltung zumindest teilweise gesteuert werden, wie dies vorgängig im Zusammenhang mit den Sozialhilfekosten erwähnt wurde. Es ist natürlich unbefriedigend und tut weh, wenn man beispielsweise wegen Entscheiden des Kantons im Bildungsbereich auf einmal Mehrkosten von mehreren 100'000 Franken zu tragen hat. Die Steuererträge werden nach bestem Wissen und Gewissen geschätzt, diese erfahren aber halt doch immer wieder grössere und nicht voraussehbare Abweichungen. Und somit wird auch die Budgetierung des Finanzausgleichs zu einem gewissen Kaffeesatzlesen. Wie bereits von Michael Durrer (GL) gesagt wurde, ist im Zusammenhang mit dem Rechnungsergebnis 2023 keine Euphorie angebracht und wir müssen mit den finanziellen Mitteln auch weiterhin sorgsam umgehen, sollten aber nicht den Kopf in den Sand stecken und positiv in die Zukunft blicken. Auch er möchte sich für die geleisteten Arbeiten von FIKO-Präsidentin Anita Baumgartner (GL) sowie die guten Diskussionen in der FIKO bedanken. Der Stadtrat hatte den Austausch mit der FIKO wiederum ganz gut gefunden und dass hie und da halt etwas die Fetzen fliegen, gehört halt zu einem Parlamentsbetrieb auch dazu, solange diese schlussendlich zielführend sind. Abschliessend möchte er aber auch der Verwaltung und insbesondere dem Bereich Finanzen für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2023 den besten Dank aussprechen.

e) Abstimmung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie deshalb über den identischen Antrag des Stadtrates sowie der FIKO abstimmen lässt.

Die FIKO beantragt in ihrem Bericht Nr. 2024-214a, dass der Einwohnerrat der Rechnung 2023 «zustimmen» soll, was so nicht ganz richtig ist, denn der Rat hat die «Genehmigung» der Rechnung 2023 zu beschliessen.

://: Die Rechnung 2023, bestehend aus der Einwohnerkasse, den Spezialfinanzierungen und der Bilanz, wird einstimmig genehmigt.

355 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Amtsbericht 2023 - Berichte Stadtrat sowie Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2024-219)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Daniel Jurt (SVP) stellt den GPK-Bericht gemäss Vorlage 2024-219a vor: Von der GPK sind 37 Fragen zum Amtsbericht 2023 gestellt worden, welche vom Stadtrat und der Verwaltung beantwortet wurden. Bei einer GPK-Sitzung wurden dem Stadtpräsidenten und dem Stadtverwalter noch Zusatzfragen gestellt. Die Kommission hatte nicht nach Skandalen oder Skandalchen gesucht und konnte abschliessend feststellen, dass die Geschäftsführung einwandfrei und rechtens ausgeführt wurde. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird für die geleisteten guten Arbeiten der beste Dank ausgesprochen. Im Kommissionsbericht sind einige Feststellungen und Bemerkungen festgehalten, welche als Hinweise für die laufenden und künftigen Herausforderungen dienlich sein könnten. Die Kommission hatten schon gewisse Antworten etwas erstaunt, welche so getönt haben, als habe man überhaupt keine Probleme. Uns allen ist bewusst, dass es immer wieder Problemen gibt und diesbezüglich könnte der Einwohnerrat gegebenenfalls Unterstützung anbieten, sollte es Massnahmen bedürfen. Die Überbringer schlechter Nachrichten werden schliesslich nicht hingerichtet, sondern allfällige Probleme in der GPK diskutiert. Dem Stadtrat, der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern möchte er für die geleisteten Arbeiten in der letzten Amtsperiode den besten Dank aussprechen und dem Einwohnerrat die Genehmigung des Amtsberichtes 2023 beantragen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (EVP) informiert darüber, dass sich nun der Stadtrat zuerst zum GPK-Bericht äussern kann, da er zu drei Punkten des Kommissionsberichtes der GPK Stellung nehmen möchte und sich dann hierzu gegebenenfalls die Fraktions- und Einzelsprecher auch noch äussern können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für den GPK-Bericht und möchte vor der Debatte im Rat noch einige Punkte präzisieren, da der Stadtrat nicht die Möglichkeit bekommen hatte, zu einigen im Kommissionsbericht Stellung nehmen zu können. Im Bericht ist zu lesen, dass es bezüglich der Digitalisierung Verzögerungen gibt. Der Kredit für die Digitalisierung ist im Dezember 2023 vom Rat beschlossen worden und es wurde vom Stadtrat nie eine Aussage gemacht, dass man zeitlich in Verzug ist. Man ist aktuell sehr gut auf Kurs und alle arbeiten super mit. Auch handelt es sich nicht um ein IT-Projekt, sondern um ein Organisationsprojekt. Und betreffend dem Engelsaal habe er sich nicht äussern wollen, ab wann der Engelsaal genutzt werden kann. Er möchte festhalten, dass er die Aussage durchaus nicht verweigert habe und ihm eine Transparenz auch bei diesem Geschäft wichtig ist. Auch beim Engelsaal ist man auf Kurs und Stadtrat Daniel Muri hatte ja in der «Fragestunde» vom 29. Mai 2024 über den aktuellen Projektstand informiert. Auch ist es nicht so, dass der Stadtrat nur ein optimistisches Bild vermitteln möchte, wie dies im Bericht zu lesen ist. So werden ja beispielsweise in der Rechnung Abweichungen bei einigen Projekten begründet und man sieht dort ganz gut, bei welchen Projekten man in Verzug ist, was dann auch mit fehlenden Ressourcen usw. begründet wird. Er hoffe, mit den Präzisierungen doch etwas zur Klärung einiger Punkte im GPK-Bericht beitragen zu können.

Markus Hügin (SVP) äussert als SVP-Fraktionssprecher, dass man dem Amtsbericht 2023 zustimmen wird. Den GPK-Mitgliedern und insbesondere dem GPK-Präsidenten wird für die geleistete Arbeit sowie die Berichterstattung der beste Dank ausgesprochen.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt, auch die SP-Fraktion dankt für den Amtsbericht 2023 sowie den GPK-Bericht. Dem Amtsbericht kann man entnehmen, was in der Verwaltung gemacht wird und welche stadträtlichen Überlegungen dahinter sind. Dies anerkennt und würdigt man, was ja auch im GPK-Bericht zum Ausdruck kommt. Die Kritik der GPK, dass bei der Fragenbeantwortung ein zu optimistisches Bild vermittelt wurde, hatte sich beim Gespräch mit dem Stadtpräsidenten und Stadtverwalter dann doch zumindest bestätigt, da man im Gespräch von Schwierigkeiten sowie einigen Überlegungen des Stadtrates und der Verwaltung erfahren hatte. Es ist sinnvoll, wenn man dem Rat bei solchen Gelegenheiten eben sagt, wo Widersprüche sind und wo es Schwierigkeiten gibt, denn dann ist der Rat vorbereitet und kann auch Überlegungen nachvollziehen. Abwehrende Antworten machen wenig Sinn, denn solch machen eher misstrauisch. Es ist jetzt an der neuen GPK der nächsten Amtszeit, vielleicht dort einmal genauer hinzuschauen, wo man eher abweisende Antworten bekommen hatte.

Werner Fischer (FDP) spricht namens der FDP-Fraktion der Verwaltung den besten Dank für die Berichterstattung sowie Fragenbeantwortung im Zusammenhang mit dem Amtsbericht aus. Auch dankt er dem Stadtpräsidenten für das konstruktive Gespräch zusammen mit der GPK. Bei diesem Gespräch hatte man ja niemandem den Vorwurf gemacht, es sei bei gewissen Projekten nichts gegangen. Vielmehr wollte man bei der Sitzung im Mai einfach wissen, wie der aktuelle Stand beim Engelsaal und der Digitalisierung ist. Einmal mehr sind der GPK die häufigen Wechsel im Einwohnerrat sowie bei den Kommissionspräsidien aufgefallen. Eine bessere Kontinuität im Rat wäre sicher begrüssenswert, denn schliesslich lassen sich alle für die Dauer einer Amtsperiode von vier Jahren wählen. Letztes Jahr waren die Antworten der Verwaltung zum Amtsbericht 2022 doch etwas sehr kurz ausgefallen, wobei die Antworten im Zusammenhang mit dem Amtsbericht 2023 doch ausführlicher waren. Erfreut hat man von der besseren substanziellen Unterstützung des Gitterli-Bades durch die Nachbargemeinden Kenntnis nehmen dürfen. Im Hochbau sind grössere Totalsanierungen und Bauvorhaben wegen der finanziellen Situation weiterhin nicht möglich. Oftmals liegt hat der Teufel im Detail und so kommt es beispielsweise beim Parkleitsystem, der Büchelistrasse usw. zu Verzögerungen. Seine Fraktion ist sehr zufrieden mit dem Amtsbericht, welcher eine Gesamtschau des vergangenen Jahres abbildet. Den Genehmigungsanträgen des Stadtrates sowie der GPK wird man zustimmen.

Sibylle Schenker (GL) dankt als Sprecherin der Grünen Fraktion allen Beteiligten für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit der Ausarbeitung sowie Vorberatung des Amtsberichtes. Sie gehört der GPK noch nicht lange an und hatte insbesondere die Sitzungen zusammen mit dem Stadtrat sehr spannend gefunden, bei welchen man vielfältige Themen vertieft besprechen konnte.

Yves Jenni (GLP/EVP/Die Mitte) dankt als Sprecher der Mitte-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung ebenfalls für die geleistete Arbeit bestens. Die Fragen der GPK sind schriftlich und an einer Sitzung mit dem Stadtpräsidenten auch noch Zusatzfragen mündlich beantwortet worden. Grundsätzlich ist man mit dem Amtsbericht 2023 zufrieden, wo leider einige Themen sehr kurz verfasst sind und wenige Informationen beinhalten, als dies die GPK gerne gehabt hätte. Insgesamt ist man aber mit der Beantwortung der GPK-Fragen zufrieden und so wird man den Amtsbericht 2023 ebenfalls genehmigen.

Bernhard Bonjour (SP) möchte ergänzend zu seinem vorgängigen Votum noch festhalten, dass seine Fraktion erfreut davon Kenntnis genommen hat, dass der Stadtrat im statistischen Anhang zum Amtsbericht neu auch Angaben über die Schülerzahlen sowie zu den Förderressourcen macht. Aussagekräftig sind diese Statistiken wohl dann, wenn sie einen Überblick über die Dauer von 10 Jahren geben. Für die Publikation der von ihm immer wieder gewünschten Statistiken möchte er an dieser Stelle doch noch einmal recht herzlich danken.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die vorgängigen Voten und dankt für die positiven Rückmeldungen. Erfreulicherweise sind bei der Vorberaterung keine Leichen hervorgekommen und bezüglich der vorgängig erwähnten abwehrenden stadträtlichen Haltung ist es halt schon absolut matchentscheidend, dass von der GPK auch Fragen gestellt werden, selbst wenn die Frage bezüglich dem Stand des Parkleitsystems schon zum siebten Mal gestellt wurde, weil es halt unter den Nägeln brennt. Doch der Stadtrat muss sich auch auf seinen Auftrag konzentrieren und zurückschauen, damit Fehler gegebenenfalls auch behoben werden können. Wie bereits gesagt wurde, müssen die Rechnung und der Amtsbericht parallel angeschaut werden. Auch die Revisionsstelle gibt immer wieder wertvolle Hinweise, obwohl diese ja auch nicht alles im Detail überprüfen kann. Bei Verwaltungsbesuchen der GPK kann auch besser gespürt und herausgefunden werden, wie gewisse Abläufe usw. funktionieren. Dies kann dann für den Stadtrat und auch die Verwaltung ein Antrieb sein, besser werden zu können. Bei der Umsetzung von Projekten sowie der Behandlung von Motionen und Postulaten ist der Stadtrat halt oftmals auch abhängig von externen Beeinflussungen. Leider muss man auch vermehrt feststellen, dass vermehrt Leute das Gefühl haben, den ganzen Rechtsstaat bis zum Bundesgericht in Lausanne ausschöpfen zu müssen. Natürlich leben wir in einem Rechtsstaat und er möchte diese Rechte auch niemandem absprechen, doch muss man sich bewusst sein, dass dies zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten führt. Rekurse oder Reklamationen binden dann halt eben auch Ressourcen und man kommt oftmals halt nicht mehr vom Fleck. Dies soll keine Ausrede sein, denn auch der Stadtrat hat hie und da etwas zu wenig auf dem Schirm, hat etwas zu wenig schnell vorwärts gemacht oder es ist etwas einfach liegen geblieben.

Daniel Jurt (SVP) möchte als GPK-Präsident doch noch abschliessend erwähnen, dass die Beantwortung der 37 Fragen durch den Stadtrat und die Verwaltung doch sehr sportlich war und innert kurzer Frist erledigt wurde, wofür er an dieser Stelle allen Beteiligten nochmals den besten Dank aussprechen möchte.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Amtsbericht des letzten Kalenderjahres keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der GPK abstimmen lässt.

://: Der Amtsbericht 2023 wird einstimmig genehmigt.

356 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Mietzinsbeiträgereglement – Berichte Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zum Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Nr. 2024-220)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2024-220a vor: Nach der kantonalen Gesetzesänderung mussten konkretisierende Regelungen auf Gemeindeebene getroffen werden. Das kommunale Reglement versteht man wohl nur dann, wenn man zuerst die kantonalen Erlasse gelesen hat. Im Wesentlichen geht es darum, dass Leute, welche in eher bescheidenen Verhältnissen leben, nicht gerade durch die Sozialhilfe unterstützt werden müssen, falls die Mietzinszahlungen ein Problem sein sollten. In solchen Fällen könnten dann Beiträge an die Mietzinsen vergütet werden, wie dies beispielsweise auch bei Beiträgen an die Krankenkasse möglich ist, falls diese Prämien zu hoch sein sollten. Gemäss kantonalen Vorgaben sind nur Familien und Alleinerziehende anspruchsberechtigt. Bei Ausländern ist zudem noch der Aufenthaltsstatus von Bedeutung. Gemäss kantonalen Gesetzgebung ist bezüglich der Anspruchsberechtigungen schon relativ viel vorgegeben. Die Gemeinden haben nur noch einen Regelungsspielraum, wofür ein entsprechendes Reglement geschaffen werden muss. Der Stadtrat möchte mit dem unterbreiteten Mietzinsbeiträgereglement, dass der Einwohnerrat mögliche Konkretisierungen an den Stadtrat delegieren soll. Dies begründet er im Wesentlichen damit, dass man die finanziellen Auswirkungen der neuen Gesetzgebung nicht genau kennt und man bei der Entscheidungsfindung gerne einen gewissen Spielraum hätte. Diese Überlegung kann die GOR grundsätzlich nachvollziehen, doch ist die GOR der Meinung, dass die demokratischen Regeln der Gewaltenteilung einzuhalten sind und deshalb vom Einwohnerrat die wesentlichen Punkte sowie politischen Grundsatzentscheidungen im Reglement festzulegen sind. Dies, obwohl man nicht weiss, was mit der Umsetzung des neuen Reglements herauskommt. Und wenn es wirklich nicht gut herauskommen sollte, ist ja eine Reglementsanpassung immer wieder möglich, da man ja nicht 20 Jahre mit einem Reglement kutschieren muss, welches nicht passt. Die GOR findet, dass die generelle politische Ausrichtung doch Aufgabe des Einwohnerrates ist, weshalb er auch konkrete Änderungsvorschläge im Zusammenhang mit dem neuen Reglement ausgearbeitet hatte. Das ganze System der Mietzinsbeiträge ist doch sehr kompliziert. Wenn man es aber einmal verstanden hat, so ist es auch sehr ausgeklügelt und es kann auch zu sehr geschickten Lösungen kommen. Im Wesentlichen haben die Gemeinden noch vier Stellschrauben, welche sie noch regeln kann. So muss beispielsweise nach kantonalem Recht die gesamte angemessene Miete nicht zwingend die tatsächliche Miete betragen, selbst dann nicht, wenn er bedürftig ist. Bei maximaler Bedürftigkeit sind somit mindestens 75 % der Kosten der angemessenen Miete zu erstatten. Die GOR versteht dies nicht so ganz, wenn jemand wirklich extrem bedürftig ist und wegen seiner finanziellen Situation gar keine Miete bezahlen kann, so sollte er doch die Möglichkeit haben, 100 % der angemessenen Mietkosten erstattet zu bekommen. Mit der von der GOR vorgeschlagenen Änderung sollten weniger Leute von der Sozialhilfe abhängig sein. Bei der angemessenen Miete geht es darum, dass Bedürftige beispielsweise nicht einen Mietzinsbeitrag von CHF 5'000 für eine luxuriöse Wohnung erhalten. Als angemessene Miete soll der für die Sozialhilfe-Berechnung massgebende Mietzinsgrenzwert als Referenzwert mit einem allfälligen Zuschlag festgelegt werden. Die GOR beantragt, die angemessene Jahresnettomiete fix auf 130 % des Mietzinsgrenzwerts festzusetzen, denn dieser sozialpolitische Entscheid soll auch vom Einwohnerrat definiert werden. Der Wert der Einkommensgrenze ist auch ein relativ komplizierter Faktor, beim welchem es darum geht, ab welchem Einkommen man grundsätzlich keinen Anspruch mehr auf Mietzinsbeiträge hat. Ein KO-Kriterium kann es beispielsweise sein, keine Kinder zu haben. KO-Kriterien sollen möglichst hoch angesetzt werden, denn bei der individuellen Bedarfsberechnung würden möglicherweise berechnete Personen nicht von vornherein wegen einem zu

hohen Einkommen gleich ausgeschlossen. Für die Berechnung der Einkommensgrenze soll der relevante Grundbedarf fix auf 150 % des sozialhilferechtlichen Grundbedarfs festgesetzt werden. Eine letzte Stellschraube ist die Höhe des allgemeinen Grundbedarfs zur Berechnung der anerkannten Ausgaben. Dies ist wohl die wichtigste Stellschraube, wenn es um Anpassungen bezüglich der konkreten Verhältnisse geht. Die GOR ist deshalb der Meinung, dass dem Stadtrat der gewünschte Spielraum gegeben werden soll, damit dieser flexibel handeln kann. Da die Auswirkungen des neuen Reglements schlecht abgeschätzt werden können, soll der Stadtrat im Jahr 2027 einen Bericht erstatten, damit gegebenenfalls Reglementsanpassungen in Erwägung gezogen werden können. Zum Vermögen zählen ja auch Motorfahrzeuge und bezüglich der Vermögensgrenze wird auf Punkt 3.3.2 des GOR-Berichts verwiesen. Gemäss Änderungsantrag der GOR sollen Motorfahrzeuge, die aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen benötigt werden, nicht zum Vermögen hinzugerechnet werden, obwohl dies das kantonale Musterreglement als Option so vorsieht. Mit seinen Änderungsanträgen versucht die GOR, die Verfahrensbestimmungen einfacher und bürgerfreundlicher zu gestalten. So soll § 8 Abs. 4 dahingehend geändert werden, dass die Gesuchseinreichung bis einen Monat nach Ablauf der Verfügung erfolgen kann und bei Einhaltung dieses Termins die Anspruchsberechtigung nicht erlischt. Die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) hat auftragsgemäss einen Mitbericht verfasst, welcher als Anhang zum GOR-Bericht ebenfalls mitverschickt wurde. Die stadträtliche Vorlage ist von der SBK aus einer weniger juristischen Sicht angeschaut worden. Auch die SBK ist der Meinung, dass das Reglement möglichst sozialfreundlich ausgestaltet werden soll. Bedürftigen Personen soll entgegengekommen werden, in der Hoffnung, dass weniger Leute von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen. Auch ist es so, dass es im Zusammenhang mit Mietzinsbeiträgen eine finanzielle Unterstützung des Kantons gibt, was ja bei der Sozialhilfeunterstützung nicht der Fall ist. In der Regel sind ja Mietzinsbeiträge auch weniger hoch als Sozialhilfekosten.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass der Stadtrat nicht alle GOR-Anträge unterstützt, was dieser nun kurz begründen möchte.

Stadträtin Pascale Meschberger äussert, dass die kantonale Armutsstrategie ja auf fünf Pfeilern beruht, wozu auch das Handlungsfeld „Wohnen“ gehört, denn Mietzinsen können uns ja bei einem kleinen Einkommen wirklich im grösseren Ausmass belasten. Im Jahr 2019 wurde ja über die Ergänzungsleistungen für Familien abgestimmt. Diese Initiative ist abgelehnt worden, aber im Gegenzug hat der Kanton einen unformulierten Gegenvorschlag präsentiert und mit dem revidierten Mietzinsbeitragsgesetz erfolgt nun die Umsetzung des Gegenvorschlages. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb alleinstehende Personen nicht inbegriffen sind. Das neue Gesetz ist bereits seit anfang Januar 2024 in Kraft. Dieses soll eine gemeinsame Grundlage für alle Gemeinden sein, denn vorher waren die Unterschiede bezüglich den Mietzinsbeitragszahlungen extrem gewesen. Nicht alle Gemeinden hatten beispielsweise ein Mietzinsbeitrags-Reglement. Liestal hatte bereits ein Reglement. Positiv ist neu, dass noch einige Bestimmungen angepasst sowie einzelne Stellschrauben festgesetzt werden müssen, da der Kanton bereit ist, sich mit maximal 50 % an den ausgerichteten Mietzinsbeiträgen zu beteiligen. Die Kantonsbeiträge für alle Gemeinden sind bei einem Betrag von total 3,5 Mio. Franken gedeckelt und sollte dieser Beitrag überschritten werden, müssten die Kantonsbeiträge neu ausgehandelt werden. Dass der Stadtrat bei den allermeisten seiner Anträge festhalten möchte und eben die Anträge der GOR ablehnt, kann mit der fehlenden Flexibilität des Stadtrates bei einer Gutheissung der GOR-Anträge begründet werden, denn wohl im ganzen Kanton wird niemand die Auswirkungen des neuen Gesetzes sowie der Gemeindereglemente kennen. Mit einer stadträtlichen Verordnung zum Mietzinsbeitragsreglement könnte man viel einfacher und schneller reagieren. Natürlich braucht es gewisse Grenzwerte, weshalb der Stadtrat in seinem Vorschlag bzw. Reglement auch die entsprechenden Prozentzahlen definiert. Der Stadtrat möchte gerne an diesen Prozentsätzen und somit an diesem Spielraum festhalten. Der GOR-Antrag betreffend § 4 Abs. 2 „Vermögensgrenze, Motorfahrzeuge“ ist nachvollziehbar und wird auch vom Stadtrat unterstützt. Auch wird vom Stadtrat der GOR-Antrag betreffend § 7 Abs. 3 „Zuständigkeit, Härtefälle“ befürwortet. Auch wird vom Stadtrat der neue § 13 bezüglich der stadträtlichen Berichterstattung im Jahr 2027 abgelehnt. Eine solche

Bestimmung gehört nicht in ein Reglement, zumal der Stadtrat ja sowieso jährlich einen Bericht bezüglich den ausbezahlten Mietzinsbeiträgen ablegen muss.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält als GOR-Präsident bezüglich den stadträtlichen Äusserungen sowie Anträgen fest, dass er sich in der Detailberatung noch zu den bestrittenen Änderungsanträgen der GOR äussern wird.

Lorenz Holinger (SVP) berichtet als SVP-Fraktionssprecher, man habe dieses Geschäft eingehend beraten und auch die Anträge des Stadtrates sowie der GOR nochmals genau angeschaut. Man hat sich nicht ganz einheitlich für die stadträtlichen Anträge oder die Anträge der GOR ausgesprochen. Bei § 2 und § 3 kann man sich nicht damit anfreunden, dass die Beiträge auf das Maximum hinaufgeschraubt werden. Der Stadtrat soll einen gewissen Spielraum haben, welcher relativ klein ist, und die Zahlen laufend neuen Gegebenheiten anpassen können, sollte dies nötig sein. Bei § 4 wird die GOR-Ergänzung bezüglich der Motorfahrzeuge unterstützt. Bei § 5 befürwortet man den stadträtlichen Antrag, dass die zumutbaren Arbeitspensen in der Verordnung geregelt werden und nicht über jeden Fall einzeln zu entscheiden ist, womit eine einfachere und speditivere Anwendung möglich ist. Bei § 7 unterstützt man den Vorschlag der GOR, dass in Härtefällen schlussendlich der Stadtrat entscheidet, zumal diese Kompetenz nicht delegiert werden darf und es sich ja wohl um Einzelfälle handelt. Bei § 8 wird man dem GOR-Antrag folgen. Bezüglich der Berichterstattung gemäss § 13 ist es schon so, dass der Stadtrat ja sowieso über die ausbezahlten Mietzinsbeiträge Rechenschaft ablegen muss und die reglementarische Bestimmung gemäss GOR-Antrag macht nach Ablauf der Frist im Jahr 2027 auch keinen Sinn mehr. All denjenigen, die bei der Ausarbeitung sowie Vorberatung des neuen Reglements mitgearbeitet haben, wird der beste Dank ausgesprochen.

Benjamin Erni (EVP) informiert als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass man die GOR-Anträge unterstützen wird. Die GOR und auch die SBK haben sich vertieft mit dem neuen Reglement auseinandergesetzt und der Stadtrat hat mit der Genehmigung der GOR-Anträge immer noch genügend Stellschrauben, mit welchen er noch wesentliche Anpassungen und Änderungen vornehmen kann. Auch der Einwohnerrat kann mit der Gutheissung der GOR-Anträge seine Aufgaben wahrnehmen und somit wichtige Punkte festlegen. Man findet es aus sozialpolitischer Sicht aber auch aus Sicht der Familien positiv, dass man die grösstmöglichen Werte im Reglement festlegt. Aber auch wir als Einwohnerrat mit diesen Anträgen der GOR können unsere Aufgaben wahrnehmen und so wichtige Punkte festlegen. Dabei finden wir aus sozialpolitischer Sicht aber auch aus Sicht für die dafür vorgesehenen Familie positiv, dass die festgesetzten Werte die grösstmöglichen sind. Wichtig sind seiner Fraktion auch die Empfehlungen im SBK-Bericht bezüglich der Adressatengerechtigkeit, der Notwendigkeit einer guten Kommunikation sowie Aufklärung, einer Beratung der Gesuchsteller ohne grosse Stigmatisierung usw. Auch wäre es sinnvoll und dienlich, wenn man die Berechnungen bezüglich möglichen Mietzinsbeiträgen auch online machen könnte, ohne dass eine Beratung vor Ort nötig ist. Auch er möchte allen Beteiligten den besten Dank für die gute kommissionsübergreifende Zusammenarbeit aussprechen.

Richard Gafner (FDP/Mitte) meint als FDP-Fraktionssprecher, man habe das Geschäft ebenfalls eingehend beraten und diskutiert. Es stehen nun die Anträge der GOR mit festgesetzten Grenzwerten den stadträtlichen Anträgen gegenüber, welcher das Ganze etwas flexibler handhaben möchte. Da man ja mit dem Instrument der Mietzinsbeiträge nicht viel Erfahrungen hat, möchte man die Entscheide über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen gemäss GOR doch beim Einwohnerrat haben. Auch die Verpflichtung, dass der Stadtrat eine Evaluation durchzuführen hat, kommt ja aus dem Gedanken heraus, dass wir heute über kein Zahlenmaterial verfügen und dass man nach einer gewissen Zeit doch einen Rückblick hält. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion hat sich allerdings in der Diskussion der Argumentation vom Stadtrat nicht entziehen können und schlussendlich entschieden, die stadträtlichen Anträge zu unterstützen. Die unbestrittenen Änderungsanträge der GOR werden jedoch von der ganzen Fraktion unterstützt. Auch seine Fraktion dankt allen Beteiligten für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Reglementes sowie Vorberatung der stadträtlichen

Vorlage. Das Geschäft ist kompetent und schnell beraten worden, weshalb wir heute in der Lage sind, dieses doch noch rechtzeitig in Kraft setzen zu können.

Florian Abt (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass Mietzinsbeiträge ein niederschwelliges zielführendes Angebot sind, welches Familien und Alleinerziehende an der Armutsgrenze entlasten können. Der Gang vom Sozialamt ist für viele mit Schaum verbunden und schürt Ängste sowie Vorurteile. Da können Angebote wie Mietzinsbeiträge helfen, dass Familien sowie Alleinerziehende von der Sozialhilfe bewahrt werden und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mit den gewonnenen finanziellen Ressourcen zukunftsorientierte Entscheidungen treffen zu können. Die stadträtliche Vorlage ist von der GOR auch unter seiner Mitwirkung begutachtet worden. Gemeinsam sind wir in der GOR zum Schluss gekommen, dass die vorgesehenen stadträtlichen Spielräume zum Wohle der Direktbetroffenen und im Sinne der Gewaltentrennung zu begrenzen sind. Erfreulicherweise sind sehr viele Indikatoren eher im oberen Bereich fixiert worden. Die gemeinsam beschlossenen Indikatoren gehören seiner Meinung nach in ein zielführendes und soziales Reglement, welches für Betroffene eine nachhaltige Entlastung bringen soll. Gerade armutsbetroffene Menschen und Familien sind oft auf der Suche nach Halt in Form von verlässlich klar definierten Punkten sowie Indikatoren, denn Armut ist per se schon eine grosse psychische Belastung. Und so braucht es klare und niederschwellige Reglemente, um solche Familien und Alleinerziehende unterstützen zu können. So findet er das Reglement mit den Änderungsanträgen der GOR gewinnbringend, da beispielsweise die Indikatoren klar definiert werden. Die SP-Fraktion stimmt dem Reglement mit den Änderungen der GOR zu.

Anita Baumgartner (GL) äussert als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass man die Voten der Mitte-Fraktion sowie SP-Fraktion unterstütze. Auch ihre Fraktion betrachtet das Instrument der Mietzinsbeiträge als sehr sinnvoll, damit ein Abrutschen in die Sozialhilfe verhindert werden kann. Ihre Fraktion wird den GOR-Anträgen zustimmen, da man es begrüsst, dass die GOR mit ihren Änderungen Klarheit schafft. Auch wird explizit der Änderungsantrag bezüglich der stadträtlichen Berichterstattung im Jahr 2027 begrüsst, damit man mit dem neuen Reglement Erfahrungen sammeln kann und gegebenenfalls Massnahmen treffen kann. Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass es eine Berichterstattung gibt und dies nicht einfach nur im Rahmen der Budget-Vorlagen erfolgt.

Bernhard Bonjour (SP) möchte als Einzelsprecher noch etwas zu zwei Punkten sagen. Mit den Mietzinsbeiträgen soll verhindert werden, dass Familien und Alleinerziehende in die Sozialhilfe abrutschen. Bereits beim vorgängigen Traktandum „Rechnung 2023“ ist gesagt worden, dass sich Investitionen im Sozialhilfebereich wohl schlussendlich lohnen, da schlussendlich weniger Kosten anfallen. Auch bei den Mietzinsbeiträgen sollten wir nicht schmürzeln und immer auf das Minimum gehen, denn damit dürften schlussendlich die Sozialhilfekosten geringer sein. Und so kann keine Rede davon sein, dass es sich bei den GOR-Anträgen um eine Luxusvariante handelt. Das Geschäft ist in der GOR intensiv diskutiert worden und auch die SBK unterstützt die GOR-Anträge. Er plädiert darüber, dass man nun den beiden vorberatenden Kommissionen das Vertrauen schenkt.

Thomas Eugster (FDP) möchte noch kurz erläutern, weshalb einige der FDP-Fraktion die stadträtlichen Anträge unterstützen. Diese sind ebenfalls der Meinung, dass Mietzinsbeiträge ein wichtiges und richtiges Instrument sind, damit Leute möglichst nicht auf Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sind. Die kantonale Gesetzgebung wird von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich umgesetzt und es stellt sich schon die Frage, was passieren wird, wenn Liestal von Anfang an die höchstmöglichen Sätze festlegt? Die Konsequenzen und mögliche Folgen sind nicht absehbar. Vielleicht gibt es aber auch einen Trend, dass mehr Leute wegen unseren hohen Mietzinsbeitrags-Indikatoren von auswärts nach Liestal ziehen werden und wir schlussendlich die Fallbearbeitung für andere Gemeinden machen müssen. Die ersten, welche die Trends und Entwicklungen im Zusammenhang mit der neuen Mietzinsbeitragsregelung in Liestal erkennen werden, ist natürlich schon die Exekutive bzw. der Stadtrat. Und deshalb müsste dieser auch schnell reagieren können. Weil man nicht weiss, wie sich das Ganze

entwickeln wird und man keine Zahlen hat, ist auch der Antrag der GOR bezüglich der stadträtlichen Berichterstattung in § 13 formuliert worden. Aus diesem Grund vertraut man auf das stadträtliche Augenmass. Dem Stadtrat soll die Freiheit gelassen werden, dass dieser gleich reagieren kann, sollte dies nötig sein, denn mögliche reglementarische Anpassungen durch den Einwohnerrat dürften längere Zeit beanspruchen. Und dies ist der eigentliche und einzige Grund, weshalb die FDP-Fraktion grossmehrheitlich die stadträtlichen Anträge unterstützen wird.

Stadträtin Pascale Meschberger meint, wir diskutieren jetzt eine sozialpolitische Vorlage, mit welcher wir auf eine richtige und wichtige Art helfen können. Und dies mit dem Unterschied, dass wir sie nicht von der Sozialhilfe abhängig machen, sondern mit einer Ergänzungsleistung unterstützen. Dies ist psychologisch eine ganz andere Unterstützungsart und man schuldet sie auch nicht. Der Vorteil an dieser Vorlage ist zudem, dass sie aus Sicht der Stadt auch etwas eigennützig ist, denn wir gehen davon aus, dass wir mit Mietzinsbeiträgen Leute aus der Sozialhilfe ablösen können. Indem sie dann in die Selbständigkeit entlassen werden und nicht auf öffentliche Gelder angewiesen sind, ergibt sich somit eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Bezugnehmend auf das Votum ihres Vorredners Thomas Eugster (FDP) befürchtet sie nicht, dass es mit unserem neuen Reglement zu einem „Mietzins-Tourismus“ kommen wird, denn der angerechnete Mietzins ist wohl einer der niedrigsten Indikatoren im ganzen Kanton. Sie hofft, dass man dem Stadtrat das Vertrauen schenkt und seine Anträge unterstützt, damit man flexibel bleibt und gegebenenfalls rasch auf Entwicklungen reagieren kann.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sie nun bei der Detailberatung über die Anträge des Stadtrates sowie der GOR abstimmen lässt. Für die Detailberatung sowie Beschlussfassung wird die synoptische Darstellung gemäss Anhang zum GOR-Bericht Nr. 2024-220a als Grundlage dienen. Die stadträtlichen Anträge bilden die Grundlage, womit die Anträge der GOR als Änderungsanträge behandelt werden. Am Schluss wird es noch eine Hauptabstimmung geben.

ABSTIMMUNGEN

§ 2 Mietzinshöchstbeitrag

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält als GOR-Präsident fest, dass sich die GOR zuallererst überlegt habe, ob der Stadtrat überhaupt einen Spielraum haben soll und wie es grundsätzlich demokratiepolitisch aussieht? Nach einer mehrheitlichen Verneinung dieser Frage hat man sich dann überlegt, wie hoch dieser Betrag dann sein soll. Bei dieser Meinungsbildung haben natürlich auch die Überlegungen und Entscheide der ersten Frage mitgespielt. Beim ersten Absatz geht es ja darum, wie hoch der maximale Mietzinsbeitrag bei einer maximalen Bedürftigkeit sein soll bzw. ob ein Manko bleiben soll oder nicht. Mehrheitlich ist in der GOR die Meinung vertreten worden, dass es keinen Ermessensspielraum braucht. Mehrheitlich hat man sich dafür ausgesprochen, dass der maximale Mietzinsbeitrag 100 % der angemessenen Jahresnettomiete sein soll.

://: Dem stadträtlichen Antrag stimmen 11 Ratsmitglieder zu. Der GOR-Änderungsantrag wird mit 24 Stimmen mehrheitlich unterstützt.

§ 3 Einkommensgrenze

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Dem stadträtlichen Antrag stimmen 12 Ratsmitglieder zu. Der GOR-Änderungsantrag wird mit 23 Stimmen mehrheitlich unterstützt.

§ 5 Abs. 2 Hypothetisches Einkommen

Stefan Fraefel (Die Mitte) führt als GOR-Präsident aus, dass man vom Stadtrat wissen wollte, welche Kriterien er für die Regelung der zumutbaren Arbeitspensen in der Verordnung definieren wollte, doch hat man keinen Vorschlag bekommen. Auch die GOR kann sich nicht vorstellen, wie eine generell abstrakte Regelung in der Verordnung möglich sein sollte, weshalb man die Streichung von § 5 Abs. 2 beantragt.

://: Der stadträtliche Antrag wird von 11 Ratsmitgliedern unterstützt. Grossmehrheitlich wird dem GOR-Änderungsantrag mit 24 Stimmen zugestimmt.

§ 7 Abs. 4 Zuständigkeit

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass der Stadtrat dem GOR-Änderungsantrag betreffend Abs. 3 zustimmt und dieser lediglich bezüglich Abs. 4 an seinem Antrag festhält.

://: 5 Ratsmitglieder stimmen dem stadträtlichen Antrag zu und 30 Ratsmitglieder unterstützen mit grossem Mehr den Änderungsantrag der GOR.

§ 8 Abs. 4 Verfahren

Stefan Fraefel (Die Mitte) weist als GOR-Präsident darauf hin, dass man nicht versteht, wie das Verfahren geregelt ist. In Absatz 1 und 2 heisst es, dass man zuerst das Gesuch einzureichen hat und die Beitragsberechtigung erst am ersten Tag des Folgemonats beginnt. In Absatz 4 werden Ausnahmeregelungen bezüglich der Fortsetzung von Unterstützungsbeiträgen formuliert. Bei der stadträtlichen Formulierung ist nicht geregelt was passiert, wenn Beiträge beispielsweise nur bis Ende September zugesichert werden. Auch möchte die GOR nicht, dass Gesuchsteller beispielsweise keine Beiträge erhalten, weil ihnen anfangs Jahr noch Unterlagen wie Lohnausweise, Krankenkassen-Unterlagen usw. fehlen und sie von externen dritten Stellen abhängig sind. Mit dem GOR-Änderungsantrag sind auch unterjährige Gesuchseinreichungen sowie Beitragszahlungen selbst bei fehlenden Unterlagen möglich.

Stadträtin Pascale Meschberger bemerkt, dass der Stadtrat an seinem Antrag bzw. der vorgeschlagenen Formulierung festhält, was einen verfahrenstechnischen Grund hat. Es ist für die Verwaltung viel einfacher, wenn man Fortsetzungsgesuche auf Ende des Jahres fixiert, denn man kann davon ausgehen, dass Mietzinsbeitragsleistungen über mehrere Jahre hinweg bezogen werden. Änderungen bezüglich Lohn usw. sind laufend mitzuteilen und die Sozialen Dienste werden die Gesuchsteller ja auch rechtzeitig darüber informieren, dass Unterlagen rechtzeitig eingereicht werden. Man ist sich auch bewusst, dass Lohnausweise etwas später kommen, doch ist das kein Problem, da ja noch andere Belege beigezogen werden können.

://: Dem Stadtratsantrag stimmen 4 Ratsmitglieder zu, gossmehrheitlich wird der Änderungsantrag der GOR mit 31 Stimmen unterstützt.

§ 13 Berichterstattung

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Der stadrätliche Antrag wird von 11 Ratsmitgliedern unterstützt und dem GOR-Änderungsantrag mit 21 Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Hauptabstimmung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass sie nun über das neue Reglement in der Hauptabstimmung abstimmen lässt.

://: Einstimmig genehmigt der Rat die Totalrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen mit den zuvor beschlossenen Änderungen.

SCHLUSSWORT von Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) richtet in ihrer Schlussrede folgende Worte an die Ratsmitglieder sowie Anwesenden:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Das Amtsjahr ist zu Ende. Es war ein intensives Jahr, ein Amtsjahr mit Schwerpunkt „Reglement“. Bei meiner Antrittsrede im letzten August hatte ich gesagt: „Es ist mir eine Ehre, das Amt auszuführen“ - Ja das war es, es war aber auch mit Verantwortung und viel Arbeit im Hintergrund verbunden gewesen. Weiter sagte ich: „ich werde das Amt mit Engagement ausüben“ - Ja, ich wollte die vielen Abläufe verstehen und musste auch einige Fragen stellen, damit beispielsweise die Abstimmungen korrekt ablaufen. Dies ist mir mit Unterstützung fast immer gelungen. Insgesamt wurden im letzten Jahr neun Reglemente behandelt und ein nächstes Reglement steht bereits schon auf der Traktandenliste.

«Ich werde es mit Respekt ausführen» - den habe ich bis zum heutigen Zeitpunkt. Als Einwohnerratspräsidentin wird man in der Öffentlichkeit eher bescheiden wahrgenommen und trotzdem kleidet einem ein solches Amt und man trägt es stetig mit sich.

«Und ich werde es mit Lebendigkeit ausführen» - ich meine, dies ist mir gelungen. Doch dies kann jede und jeder nach seinem Ermessen beurteilen. Die Restaurantbesuche im Anschluss an die Ratssitzungen trugen einen Teil dazu bei. Es freute mich, dass diese Anklang fanden und immer einige Ratsmitglieder gemeinsam ein Restaurant besuchten. An dieser Stelle möchte ich Peter Bürgin einen Dank aussprechen, welcher immer wieder eine Runde spendierte.

«Einladungen wollte ich so viele wie möglich wahrnehmen und den Einwohnerrat parteiunabhängig vertreten». – Besonders war natürlich die Einladung im letzten Oktober nach Bern, zu welcher der damalige Nationalratspräsident Martin Candinas im Zusammenhang zu 175 Jahren Bundesverfassung eingeladen hatte. Speziell war auch die Wahlfeier von Nationalratspräsident Eric Nussbaumer und Ständeratspräsidentin Eva Herzog im Dezember. Wichtig war mir auch die Präsenz am Neuzuzüger-Empfang sowie an der Vereins- und Sportlerehrung in Liestal. Diese beiden Anlässe sind für den Einwohnerrat wirkungsvoll, da er wahrgenommen werden kann. Ergänzend zu all den Anlässen, welche im letzten Büroprotokoll aufgeführt sind, nahm ich auch an der IG Chienbäse-Party teil.

Wir pflegen ja die Kultur des Dankeschön-Sagens und zuallererst möchte ich Marcel für die pflichtbewusste Arbeit als Ratsschreiber danken. Ich hoffe, dass Dir die Spracherkennung-Protokollführung recapp die Arbeit erleichtern und generell die neue Technik im Landratsaal eine gute Unterstützung sein wird und du dadurch mehr Raum für die Teamarbeit an den ER-Sitzungen hast. Für genügend Energie gebe ich dir ein Päckchen voller Rahmtäfel.

Vizepräsident Daniel Schwörer danke ich für seine aktive und hilfreiche Zusammenarbeit sowie Unterstützung. Wir alle konnten im vergangenen Amtsjahr mit den vielen Reglementen von seiner Arbeit profitieren. Er hatte dreissig Jahre lang die Stabsstelle für Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft besetzt und als Gesetzesredaktor die Gemeinden in rechtlichen und politischen Fragen beraten, wovon auch ich im vergangenen Amtsjahr profitieren konnte. Oftmals war es schon etwas hektisch vor den Ratssitzungen und Deine Aussage „Wir rocken die Sitzung“ gab mir die notwendige Lockerheit.

Das von dir eingeführte Glöckchen war unüberhörbar und hatte immer wieder für Heiterkeit gesorgt. Dieses wird nun nicht mehr gebraucht bzw. digital durch die neue Anlage im Landratssaal ersetzt. Als kleines Dankeschön überreiche Dir ein Glöckchen als Geschenk und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute.

Für die künftige Arbeit im Einwohnerrat mache ich beliebt, dass wir uns genügend Zeit nehmen und geben für die Beratung der Geschäfte. Gut durchgedacht ist nachhaltig. Auch ist es wünschenswert, wenn der Stadtverwalter in Zukunft vorne beim Ratspräsidium und nicht auf der Gästetribüne sitzen würde. Er ist nicht Gast, er gehört auch dazu und verfasst unter anderem das Beschlussprotokoll mit.

Packen wir die Zukunft weiterhin mit Mut, Freiheit und Herzlichkeit an. Ich wünsche allen eine gute Sommerpause und freue mich auf das anschliessend Amtsjahr-Schlusssessen im Restaurant Mooi.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) für ihren Einsatz als Ratspräsidentin im vergangenen Jahr. Er hatte mir ihr ja bereits ein erstes Mal im OK Stadtfest zusammengearbeitet. Sie hatte als Ratspräsidentin die monatliche Koordinationssitzung immer gut vorbereitet und den Einwohnerrat im Amtsjahr 2023/2024 umsichtig geführt. Und in einem Milizparlament gehört es auch dazu, dass es nicht immer so rockt und perfekt abläuft, wie man sich dies vielleicht wünscht und vorstellt. Als kleines Dankeschön überreicht er ihr ein paar Tropfen aus dem Rathaus-Weinlager.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) überreicht Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) namens des Einwohnerrates einen Rosenstock und spricht ihr einen grossen Dank für die geleistete Arbeit als Ratspräsidentin aus. Sie hat das Amt mit viel Engagement, Einsatz und Entbehrungen geführt, was sicher nicht immer ganz einfach gewesen ist. Dafür stehen die kleinen Dornen, welche es bei Rosen auch gibt. Eine Rose reicht nicht für Anja, sondern es braucht einen ganzen Rosenbusch, denn die Sitzungen hatte sie immer mit Köpfchen, mit Umsicht, viel Herz und Charme geleitet. Der Rosenstock soll sie immer an die Zeit erinnern, als sie die First Lady von Liestal war.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Anja Weyeneth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann